

Mitteilungen

FOLGE 243
DEZEMBER 2019

JOSEF VOGL: AUFBRUCH IN DEN OSTEN Österreichische Migranten in Sowjetisch-Kasachstan

Hintergründe und Akteure der organisierten Gruppenemigration in die Sowjetrepublik Kasachstan in den 1920er-Jahren sowie die spätere stalinistische Verfolgung von Österreichern und Österreicherinnen in Kasachstan stehen im Fokus der Publikation von Josef Vogl. Der vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) herausgegebene Band mit zahlreichen Kurzbiografien ist im November 2019 im mandelbaum verlag erschienen. Grundlage war ein vom Zukunftsfonds der Republik Österreich gefördertes Projekt, das Archivarbeiten in Kasachstan ermöglichte.

Josef Vogl war 1982 bis 2006 Mitarbeiter des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts und arbeitete anschließend bis zu seiner Pensionierung am DÖW. Gemeinsam mit dem Historiker Barry McLoughlin veröffentlichte er 2013 die ebenfalls vom DÖW herausgegebene Publikation „... Ein Paragraf wird sich finden“. Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)“.

Im März 1926 gründete eine Gruppe von mehr als 200 österreichischen Auswanderern eine Kolonie am Fluss Syrdar'ja in der Nähe von Kzyl-Orda, der damaligen Hauptstadt von Kasachstan. Armut und der Mangel an Arbeitsplätzen waren die ausschlaggebenden Motive für die Emigration. Die Regierung in Österreich gewährte finanzielle Unterstützung, um Arbeitslose und lästige Demonstranten loszuwerden. Die sowjetische Seite war indessen an Devisen und Agrartechnik interessiert. Trotz umfangreicher Kredite ging die Kolonie aufgrund des unfruchtbaren Landes und innerer Streitigkeiten bereits 1927 zugrunde.

Archivmaterialien aus Wien, Berlin, Moskau und kasachischen Archiven erlaubten es, die traurigen Schicksale der wagemutigen Kolonisten und ihrer Familien nachzuzeichnen. Wer nicht bald genug zurückkehrte, geriet häufig in die Mühlen stalinistischer Repressionen und wurde als Ausländer unter Generalverdacht gestellt und verfolgt.

Auch andere Österreicher wurden Opfer des Stalinismus – teils waren sie als Kriegsgefangene nach Kasachstan gelangt und geblieben, teils waren sie wegen Arbeitslosigkeit in die Sowjetunion ausgewandert oder zur Parteischulung entsandt worden. Viele landeten in einem der zahlreichen Lager in der kasachischen Steppe, so wie auch jene jüdischen Flüchtlinge, die nach dem „Anschluss“ 1938 in die baltischen Länder geflohen waren. Wer das Lager überlebte, konnte schließlich 1947 nach Österreich zurückkehren.



Josef Vogl

Aufbruch in den Osten

Österreichische Migranten in Sowjetisch-Kasachstan

Herausgegeben vom DÖW

Wien–Berlin:
mandelbaum verlag 2019

296 Seiten,
mit zahlr. Abb.

ISBN:
978385476-840-1

EUR 29,—

Angehörige der Uhlfeld-Kolonie

Angesichts Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut in den 1920-er und 1930er-Jahren in Österreich spielte Auswanderung – sowohl individuell als auch in Form der organisierten Auswanderung größerer Gruppen insbesondere nach Südamerika und in die USA – eine große Rolle. Für die Auswanderung in die Sowjetunion setzte sich die *Republikanische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer* ein. Verantwortlich dafür war vor allem der 1918 aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Wiener Sozialdemokrat Karl Uhl, der ab 1924 Obmann der *Republikanischen Vereinigung* war.

Die ersten rund 200 Auswanderungswilligen – vorwiegend arbeitslose Hilfsarbeiter, Bergarbeiter und Handwerker – wurden am 4. März 1926 am Wiener Ostbahnhof feierlich verabschiedet. Etwa 90 weitere Personen, zum großen Teil Ehefrauen und Kinder der Kolonisten, folgten am 25. September 1926. Zu diesem Zeitpunkt hatten mehrere der ersten Auswanderer die Kolonie schon wieder verlassen. Ein Jahr nach ihrer Gründung, im März 1927, wurde die Uhlfeld-Kolonie aufgelöst.

Karl Uhl (stehend) in Kasachstan

Karl Uhl (geb. 1889) war der erste Leiter der nach ihm benannten Kolonie bei Kzyl-Orda. Uhl schied bald nach dem Verlust seiner Position im Oktober 1926 aus der Kolonie aus. Wann er die Sowjetunion verließ ist unbekannt, 1931 wohnte er in Berlin und beschäftigte sich weiterhin mit Auswanderungsprojekten. Karl Uhl starb 1963 in Wien.

Foto: Österreichisches Staatsarchiv



Erkennungsdienstliche Aufnahmen von Ludwig Kern

Der Schlosser Ludwig Kern (geb. 1894 in Zistersdorf/NÖ) folgte Uhl als Obmann nach. Er blieb nach der Auflösung der Uhlfeld-Kolonie vorerst in der Sowjetunion, wurde aber, da er die Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft verweigerte, im Dezember 1937 ausgewiesen.

Als „Russlandrückkehrer“ wurde er am 24. Februar 1939 von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

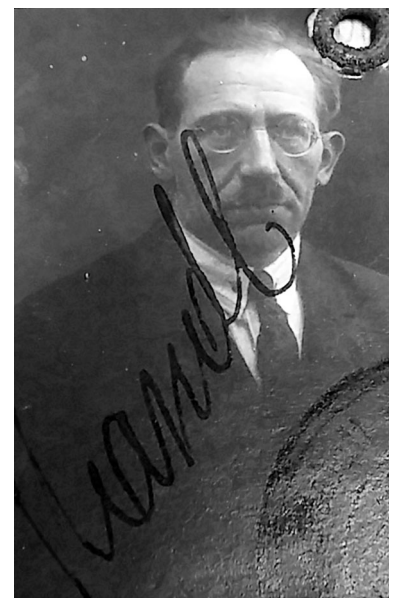


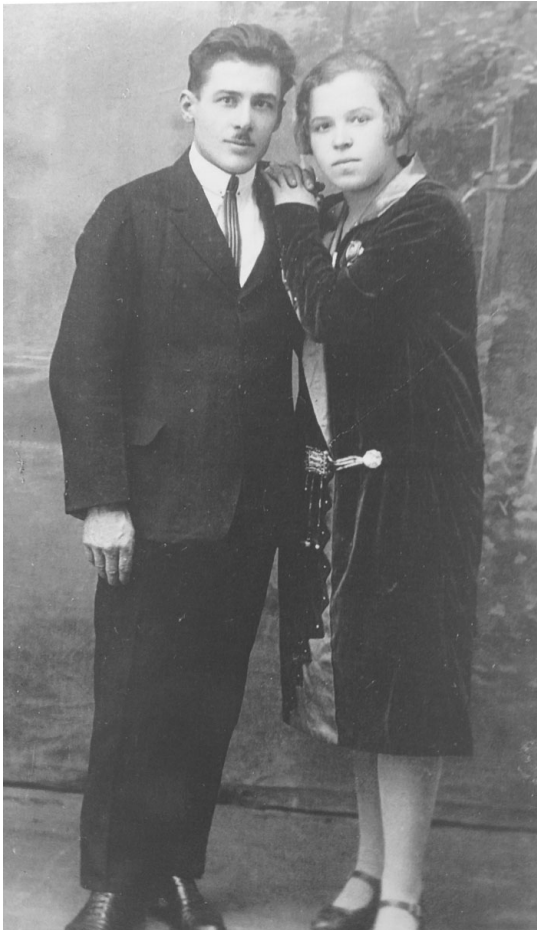
Etwa ein Drittel der Auswanderer waren Mitglieder oder Kandidaten der KPÖ. Funktionäre der kommunistischen Zelle der Uhlfeld-Kolonie verfassten über sie Kadercharakteristiken – Beurteilungen anhand normierter Kriterien wie „Disziplin“ oder „politische Entwicklung“. Die hierbei immer wieder auftretenden Begriffe wie „fleißiger“, „ruhiger“ oder „mittelmäßiger“ Arbeiter, „faul“, „politisch nicht entwickelt“, „eigensinnig“, „Kritiker“, „Starrkopf“, „Spekulant“ u. a. sind freilich keine objektiven Sachverhaltsdarstellungen, sie geben aber Auskunft über die Gruppendynamik bzw. ob und in welchem Ausmaß die einzelnen Personen von der Linie der KP-Zelle abwichen.

Wilhelm Mandl

Der Schuster Wilhelm Mandl (geb. 1890 in Wien) war aktives Mitglied der KP-Zelle, er wurde in die Erzeugungskommission nominiert und war Redakteur der Wandzeitung. Seine Kadercharakteristik war äußerst negativ: „fauler Arbeiter, Meuterer und Aufwiegler“. Nach der Kolonieliquidierung arbeitete er in Petropavlovsk, später in Moskau. 1936 nahm er die sowjetische Staatsbürgerschaft an.

Foto: Österreichisches Staatsarchiv





Hochzeitsfoto von Josef und Klaudia Bindeus, 1929

Josef Bindeus (geb. 1896 in Köckendorf/OÖ) war einer von mehreren im Kohlenbergbau in Grünbach am Schneeberg (NÖ) Beschäftigten, die sich nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zur Auswanderung entschlossen. Bindeus blieb bis zu deren Auflösung in der Kolonie. Anschließend arbeitete er mehrere Jahre im Bergbau. Im November 1937 wurde er im Donbass-Gebiet zum NKVD vorgeladen, wo ihm die Ausweisung per 1. März 1938 mitgeteilt wurde. Am 28. Februar 1938 verließ Bindeus die Sowjetunion und kehrte nach Oberösterreich zurück.

Foto: Privatbesitz Walter Bindeus



Anna Pölz

Die Niederösterreicherin Anna Pölz (Pöltz, geb. 1901) folgte ihrem Mann Rudolf Pölz (geb. 1897) gemeinsam mit dem dreijährigen Sohn Erich im Herbst 1926 mit dem Transport der Familienangehörigen. Nach dem Ende der Uhlfeld-Kolonie lebte die Familie in Petropavlovsk und später im südlichen Kaukasus, bis sie im Jänner 1938 ausreisen musste. 1939 wurde Rudolf Pölz wie andere „Russlandrückkehrer“ von der Gestapo Innsbruck zu seinem Aufenthalt in der Sowjetunion einvernommen.

Foto: Österreichisches Staatsarchiv

Die Uhlfeld-Kolonisten, die nach der Liquidierung der Kolonie nicht nach Österreich zurückkehrten, nahmen in der Regel von den sowjetischen Behörden angebotene Arbeitsplätze an und lebten in allen Teilen der Sowjetunion. Nicht wenige von ihnen wurden später Opfer stalinistischer Repressionen.



Der gebürtige Südtiroler Erwin Grill (geb. 1886), früherer Obmann der Sektion Inzersdorf der *Republikanischen Vereinigung*, wurde am 9. Oktober 1937 vom NKVD in Udel'naja im Moskauer Gebiet im Zusammenhang mit einer Anklage der kasachischen NKVD-Leitung in Alma-Ata gegen andere Uhlfeld-Kolonisten verhaftet. Wegen Sabotage, Spionage und konterrevolutionärer Tätigkeit wurde Grill am 10. November 1937 in Alma-Ata zum Tod verurteilt. Das Urteil wurde 1938 in eine 25-jährige Lagerstrafe umgewandelt und dann durch Ausweisung ersetzt. Im März 1940 wurde Grill von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst.



Ernest (Ernst) Scherzer (geb. 1897) aus Wien wurde kurz nach seiner Ankunft in der Kolonie im Herbst 1926 zum Leiter der Kanzlei und Kassier bestellt. Wegen „Begünstigung der internationalen Bourgeoisie, Schädlingstätigkeit, antisowjetischer Agitation und Mitgliedschaft in einer antisowjetischen Organisation“ wurde er am 5. Juni 1936 zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Dieses Urteil wurde aufgehoben und durch Ausweisung ersetzt. Scherzer wurde am 28. Jänner 1941 nach fünf Jahren im Gulag aus der Sowjetunion in das Deutsche Reich abgeschoben. Die erkennungsdienstlichen Aufnahmen entstanden im März 1941.

Erkennungsdienstliche Aufnahmen von Erwin Grill (oben) und Ernst Scherzer (unten)

Fotos: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Das Artel *Solidarnost'*

Rund ein Dutzend ehemalige Uhlfeld-Kolonisten – darunter eine Frau – gründete nach der Auflösung der Kolonie zusammen mit einigen anderen Emigranten in Kzyl-Orda das Artel *Solidarnost'*, eine Art Genossenschaft. Wegen zu geringen Einkommens übersiedelte das Artel im Sommer 1927 nach Alma-Ata. Sieben Familien zogen 1933 nach Gulja in der chinesischen Provinz Sinkiang (Xinjiang) weiter. Dort wurden elf Artel-Mitglieder 1937/38 verhaftet, an den NKVD ausgeliefert und 1942 in Alma-Ata als Spione erschossen.

Familie Fluch-Schlager mit Freunden in Kasachstan

Foto: Privatbesitz Erika Schlager

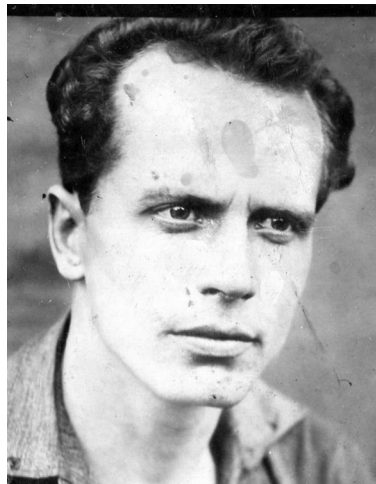


Alois Fluch

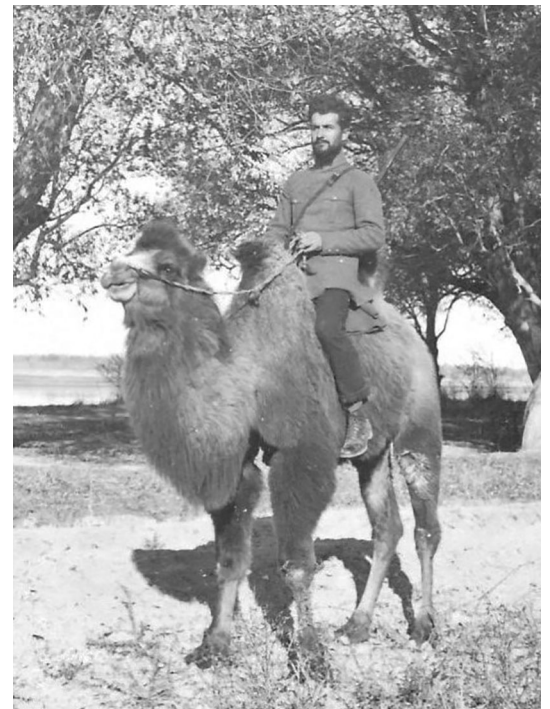
Alois Fluch (geb. 1901 in Mitterdorf im Mürztal/Stmk.) nahm 1933 mit seiner Familie an der Emigration nach China teil. Er wurde dort im Sommer 1939 verhaftet und Ende Juli 1941 dem kasachischen NKVD übergeben. Am 31. März 1942 wurde Alois Fluch wegen „Spionage für Deutschland“ von der Sonderberatung des NKVD zum Tode verurteilt.

Foto: Privatbesitz Erika Schlager

Alois Fluchs Ehefrau Maria Fluch geb. Schlager (geb. 1894) erfuhr weder von seiner Verurteilung zum Tode noch von seiner Hinrichtung. Ihre Söhne Martin (geb. 1915) und Franz (geb. 1917) wurden 1940 bzw. 1941 ebenfalls in Gulja verhaftet, kamen später aber wieder frei. In den späten 1940er-Jahren wanderte die Familie nach Kanada aus. Mit dabei war auch Rudolf Strachs Sohn Robert (geb. 1933), der nach dem Verlust des Vaters zum Vollwaisen geworden war und von Maria Fluch in den Familienverband aufgenommen wurde.



Rechts: Rudolf Strach



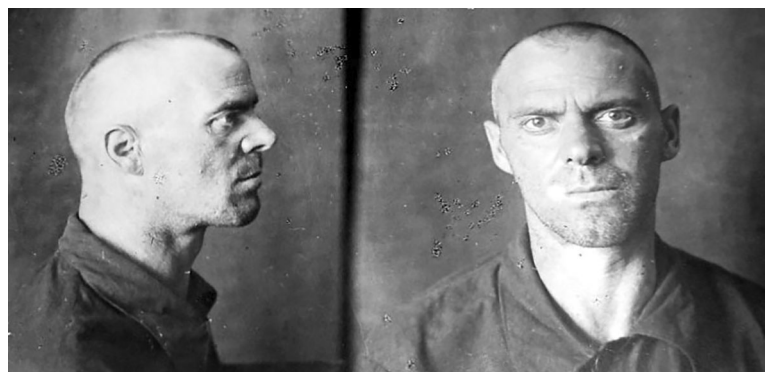
Rudolf Strach (geb. 1894) schloss sich 1926 als einziger Deutscher den Auswanderern in die Uhlfeld-Kolonie an. Er wurde gegen Ende 1937 unter einem Vorwand aus Gulja, wo sich das Artel *Solidarnost'* angesiedelt hatte, nach Tihwa (Hauptstadt der Provinz Sinkiang) gelockt und dort am 27. Dezember 1937 verhaftet. Einige Dutzend weitere Ausländer teilten sein Schicksal – sie verschwanden, ohne Spuren zu hinterlassen. Ob sie ebenfalls an die sowjetischen Sicherheitskräfte ausgeliefert wurden, ist ungewiss.

Foto: Privatbesitz Elsie Strach

Haftfoto von Alfred Höflinger

Der Wiener Alfred Höflinger (geb. 1897) war Leiter des Artels *Solidarnost'* und nahm an der Übersiedlung nach China teil. Vermutlich kehrte er freiwillig in die Sowjetunion zurück. Laut seinem sowjetischen Strafakt, in dem Gulja als Wohnsitz angegeben ist, wurde er am 28. Juli 1941 von sowjetischen Sicherheitskräften verhaftet, der Spionage beschuldigt und zusammen mit den anderen Artel-Mitgliedern am 31. März 1942 zum Tode verurteilt.

Foto: Archiv DVD (Innenministerium), Almaty



Haft / Verbannung in Kasachstan

**Maria Heybey**

Die Kindergärtnerin und Heilpädagogin Maria (Mia) Heybey (geb. 1903) aus Wien lebte ab 1928 in Moskau. Anfang der 1930er-Jahre erteilte sie dem Sohn des GPU-Chefs Genrich Jagoda Deutschunterricht. Im September 1937 wurde Heybey, weil sie den „Volksfeind“ Jagoda nicht entlarvt hatte, aus der VKP (b) ausgeschlossen. Am 3. Mai 1938 wurde sie zusammen mit ihrem Mann Markus Spitz (geb. 1899) verhaftet. Heybey wurde am 23. Juli 1938 als Angehörige eines Landesverrätters (Spitz war wenige Tage zuvor als deutscher Spion erschossen worden) zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt. Nach ihrer Entlassung im August 1946 nahm sie den Namen Spitz an und fand Arbeit in einem Hotel in Karaganda; sie durfte das Gebiet nicht verlassen. Erst im Mai 1954 konnte sie nach Wien zurückkehren.

Foto: GARF, Moskau

**Haftfoto von Frederike Reißler**

Frederike Reißler (geb. 1896 in Wien) emigrierte 1924 – wahrscheinlich im Auftrag der KPÖ – nach Moskau, wo sie bei der Komintern arbeitete. 1937 wurde ihr Mann Michail Rejsler vom NKVD in Moskau verhaftet. Frederike Reißler wurde im selben Jahr von der Sonderberatung des NKVD für drei Jahre als „sozial-gefährliches Element“ nach Kasachstan verbannt. Sie war sowjetische Staatsbürgerin und arbeitslos, als sie am 27. Juli 1939 verhaftet und der antisowjetischen Agitation beschuldigt wurde. Am 25. April 1940 wurde Frederike Reißler freigesprochen.

Foto: Archiv DVD (Innenministerium), Šymkent

Internierung jüdischer Flüchtlinge

Jüdische Flüchtlinge kamen nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland vor allem auf zwei Wegen in die Sowjetunion: Ein Großteil der im Oktober 1939 aus Wien nach Nisko (im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete) deportierten Männer wurde dort sich selbst überlassen bzw. von der SS Richtung deutsch-sowjetische Demarkationslinie getrieben und flüchtete in die Sowjetunion. Ein weiterer Weg, auf dem österreichische Juden in die Sowjetunion gelangten, war die Flucht in Territorien, die später von der Sowjetunion okkupiert wurden. Ein deutscher Pass bedeutete nach dem Angriff der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 meist Verhaftung durch sowjetische Sicherheitsorgane und Deportation in den Osten – das konnte in vielen Fällen das Leben retten, aber auch zum Tod in den dortigen Zwangsarbeitslagern führen.

Auf der Basis von Zeitzeugen-Interviews, die im DÖW aufbewahrt werden, und (wenig umfangreicher) Memoirenliteratur lässt sich das Schicksal der österreichischen Juden, die 1938 nach Lettland flüchteten, dort 1941 als feindliche Ausländer verhaftet und über Novosibirsk schließlich in das Sonderlager Kok-Uzek deportiert wurden, nachzeichnen.



Georg Rauchinger (geb. 1907) konnte im Juni 1938 von Wien nach Lettland ausreisen, wo er 1941 verhaftet wurde. Er überstand die Haft in den Lagern Novosibirsk, Spassk und Kok-Uzek. Von 1959 bis 1977 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts. Georg Rauchinger starb 2000 in Wien. Seine Eltern Heinrich (geb. 1858) und Paula Rauchinger (geb. 1875) kamen 1942 im Ghetto Theresienstadt um.

Foto: Privatbesitz Ilona Slawinski

Lettischer Ausweis von Ernst Csillag

Gleich nach dem deutschen Angriff 1941 wurde die Familie Csillag – die Eltern Abraham Csillag (geb. 1885) und Paula Csillag (geb. 1895, sie starb 1943 im Lager Spassk) sowie die Kinder Ernst (geb. 1928) und Elisabeth (geb. 1921) – in Lettland verhaftet und nach dreitägiger Internierung nach Novosibirsk und von dort im Sommer 1942 nach Kasachstan in das Lager Spassk überstellt. Ernst Csillag beschrieb die Zustände im Lager in seinen Erinnerungen *Kok-Usek und retour. Chronik einer jüdischen Odyssee* (1996).

Foto: DÖW

Spassk war ein Lager des Karlag-Systems, eines der größten Lagersysteme der Sowjetunion mit Ausmaßen von etwa 300 x 200 km. Ursprünglich bestand das Lager aus nur einem Teillager für Internierte, während es im August 1946 über 21 Teillager für Kriegsgefangene und das Teillager 99/22 Kok-Uzek mit 1209 Internierten umfasste.

–2– **Apliciba №25812**
Csillags Ernsts
 (Uzburds un vārds)
 dzim. 1928. g. 12. oktobrī, in
 1. Raucivaraera pamatskolas
 (Mācības iestādes nosaukums)
 III. kl. audzēkņis
 Izdota 1939. g. 20. janvārī
 Derīga līdz 1939. g. 15. maijam
 Skolas priekšnieks: 3. Kaud
 Darbvedis vai klases pārzinis: Asuarpovs
 1. reizi pagarināta līdz 1939. g. 15. maijam
 Darbvedis vai klases pārzinis: Asuarpovs
 2. reizi pagarināta līdz 1939. g. 30. septembrim
 Darbvedis vai klases pārzinis: Selauris

Ausweis für Staatenlose von Martin Wieselmann

Martin Wieselmann (geb. 1908 in Lackenbach), der am 20. Oktober 1939 nach Nisko deportiert worden war und in die Sowjetunion geflüchtet war, erhielt Ende 1940 vom NKVD des Gebietes Rovno (ukr. Rivne) einen sowjetischen Ausweis. Wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Evakuierung des Betriebes, in dem er beschäftigt war, gelangte er nach Kasachstan. Am 7. Februar 1942 wurde er verhaftet. Wieselmann wurde beschuldigt, er sei antisowjetisch eingestellt, habe das faschistische Deutschland gepriesen und verbreite lügenhafte und defätistische Propaganda. Am 30. Dezember 1942 wurde er wegen Spionage und antisowjetischer Agitation zum Tode verurteilt und am 28. Jänner 1943 hingerichtet. Seine Eltern fielen der Shoah zum Opfer.

Foto: Archiv DVD (Innenministerium), Šymkent

1. ВИД НА ЖИТЕЛЬСТВО В СССР ДЛЯ ЛИЦ БЕЗ ГРАЖДАНСТВА
 Действителен по 30/12-1941.
 Фамилия Визельман
 Имя, отчество Мартин Маркович
 На основании каких документов выдан вид на жительство Записки и выписки из УРКН и УНКВД в Ровненской области
 Кем выдан УРКН УНКВД в Ровненской области
 2. Сведения о владельце вида:
 1. Время рождения 1908
 2. Место рождения Lackenbach Австрия
 3. Национальность еврей
 4. Откуда и когда прибыл в СССР из Австрии в октябре 1939.
 5. Профессия и род занятий шофер
 6. Семейное положение в браке с женой
 7. Последнее гражданство Германия
 Начальник Упр. РК милиции Ровненской области
 М. П. [подпись]
 Дата выдачи 30/12-40
 № 021778

Emil Rosenheim

Der Ledergalanterist Emil Rosenheim (geb. 1914) aus Wien war 1938/39 in den KZ Dachau und Buchenwald in Haft. Er wurde am 20. Oktober 1939 nach Nisko verschleppt, sein Vater Ignaz Rosenheim (geb. 1879) wurde am 27. Oktober dorthin deportiert. Beide flüchteten in die Sowjetunion. Emil Rosenheim wurde zusammen mit seinem Betrieb nach dem deutschen Angriff 1941 aus der Ukraine nach Kasachstan evakuiert. Dort wurde er am 2. April 1943 als „sozial-gefährliches Element“ verhaftet und am 27. November 1943 zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt. Sein Bruder Alexander Johannes Rosenheim (geb. 1904) wurde am 21. Juni 1944 in Wien wegen Hochverrats hingerichtet. Die Schwester Berta Rosenheim (geb. 1910) wurde am 12. März 1941 in ein Ghetto bei Kielce (Opatów oder Lagów) verschleppt, seither fehlt jede Nachricht.

Foto: Archiv DVD (Innenministerium), Šymkent

PERSONENBESCHREIBUNG
 Beruf Ledergalantermeister
 Geburtsort Wien
 Geburtstag 6.4.1914
 Wohnort Wien
 Gestalt mittel
 Gesicht länglich
 Farbe der Augen braun
 Farbe des Haares braun
 Besond. Kennzeichen
 Es wird hiermit bescheinigt, daß der Inhaber die durch das obenstehende Lichtbild dargestellte Person ist und die eigenhändige Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.
 Wien den 31. März 1939
 [Unterschrift]

Brigitte Ungar-Klein Workshop in Yad Vashem zur Aufarbeitung der Shoah

Die Historikerin und frühere Direktorin des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung Brigitte Ungar-Klein, die bei zahlreichen Projekten des DÖW mitgewirkt hat, war Teilnehmerin des Workshops „Religious Institutions and Jews in Hiding During the Holocaust“. Von ihr erschien 2019 die Publikation „Schattenexistenz. Jüdische U-Boote in Wien 1938–1945“.

Yad Vashem ist die weltweit wohl bekannteste Holocaust-Gedenkstätte; neben dem mehr als beeindruckenden Museum, das umfassend über die Gräueltaten des menschenverachtenden und mörderischen Terrors der Nationalsozialisten und den Genozid an den europäischen Juden und Jüdinnen informiert, gibt es in Yad Vashem noch weitere Abteilungen, die für die Forschung von Bedeutung sind, ein Archiv, eine Bibliothek, wo HistorikerInnen zur Thematik entsprechendes Material finden können. Konferenzen und Workshops bringen WissenschaftlerInnen aus aller Welt zusammen, um neue Erkenntnisse auszutauschen. Die Abteilung für „Gerechte unter den Völkern“ wieder ist für Auszeichnungsverfahren zuständig: Personen, die Jüdinnen und Juden geholfen haben, werden vom Staat Israel geehrt und sind berechtigt, einen Baum in der „Allee der Gerechten“ zu pflanzen. Bis heute werden Personen und Institutionen benannt und nach einer Überprüfung der dargestellten Rettungsgeschichte ausgezeichnet.

Vom 21. bis 25. Juli dieses Jahres trafen WissenschaftlerInnen aus Europa und USA auf Einladung des *International Institute for Holocaust Research Yad Vashem* und des *Jack, Joseph and Morton Mandel Center for Advanced Holocaust Studies* zu einem Workshop zusammen, um die Rolle von religiösen Institutionen der einzelnen Kirchen im Zusammenhang mit der Hilfestellung für verfolgte Jüdinnen und Juden zu diskutieren und über neueste Forschungsergebnisse zu berichten.

Gab es einen Unterschied zwischen katholischen, evangelischen oder orthodoxen Gemeinschaften? Welche Gründe waren ausschlaggebend, helfend zur Seite zu stehen oder Hilfe zu verweigern? Welche Rolle spielte die tief verwurzelte Judenfeindschaft? Gab es regionale Unterschiede, fiel es in einzelnen Gebieten leichter als in anderen, Juden zu verstecken oder bei der Beschaffung illegaler Dokumente

behilflich zu sein? War der Wille zur Hilfe vorhanden und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Wurde eher getauften Juden geholfen? Welche individuelle Unterstützung konnten einzelne geistliche Würdenträger leisten, ohne mit der vorgeetzten Amtsstelle in Konflikt zu kommen? Waren Nichthelfen, Wegschauen oder Denunziation reiner Selbstschutz?

Einsicht in Dokumente kaum zulassen. Viele Fragen konnten in den sehr intensiven Workshop-Sitzungen naturgemäß nur ansatzweise beantwortet werden und die Diskussionen wurden im privaten Kreis weitergeführt.

Brigitte Ungar-Klein referierte über die Hilfe für „nichtarische Katholiken und Protestanten“ in Wien. Auch wenn nur wenige Fälle bekannt sind, bei denen Jüdinnen und Juden tatsächlich versteckt wurden, Hilfe in unterschiedlichster Weise ist dokumentiert. In dem Referat wurde einerseits auf die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, angesiedelt im Palais des Erzbischofs Kardinal Innitzer, andererseits auf die „Schwedische Mission“, die sich im 9. Bezirk, Seegasse 16 befand, Bezug genommen. Beide Institutionen versuchten katholisch oder evangelisch getaufte Personen, die nach den „Nürnberger Gesetzen“ aber als jüdisch eingestuft wurden, zu unterstützen. Die sehr prekäre Lebenssituation dieser Personengruppe wurde anhand von Beispielen sichtbar gemacht, einige individuelle Hilfestellungen durch Würdenträger der Kirche ergänzten die Ausführungen.

Die Diskussionen machten einmal mehr sichtbar, wie wichtig der Austausch von Forschungsergebnissen ist und von wie großer Bedeutung die Kommunikation der HistorikerInnen unter-

einander für die wissenschaftliche Arbeit sein kann.

The poster features logos for Yad Vashem, The International Institute for Holocaust Research, and the United States Holocaust Memorial Museum. It includes a photograph of a young child in a room with religious icons. The text on the poster reads: '21-25 JULY 2019', 'RELIGIOUS INSTITUTIONS AND JEWS IN HIDING DURING THE HOLOCAUST', 'A Research Workshop', and 'The proceedings will be in English'. Venue information includes Lecture Hall (Room 223), Main Administration and Research Building, Yad Vashem Mount of Remembrance, Jerusalem, Israel.

Wie sah es mit einem Netzwerk kirchlicher Institutionen aus? Welcher Stellenwert kann den verschiedenen Kirchen bei der Unterstützung von Juden beigemessen werden?

Neben diesen Fragestellungen war es auch Ziel des Workshops die in vielen Fällen äußerst schwierigen und beschränkten Forschungsmöglichkeiten in den entsprechenden Archiven aufzuzeigen. So schilderten die Referenten aus Italien die Situation im Archiv des Vatikans und Referenten aus Rumänien die problematischen Bedingungen, die eine uneingeschränkte

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

APA-DeFacto GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/360 60 - 5123
E-MAIL: defacto@apa.at
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

Boeckl-Klamper, Elisabeth, Thomas Mang, Wolfgang Neugebauer: Gestapo-Leitstelle Wien 1938–1945. Wien: Edition Steinbauer 2018. 494 S.

Nach langjährigen Vorarbeiten haben Elisabeth Boeckl-Klamper, Thomas Mang und der frühere Leiter des DÖW, Wolfgang Neugebauer, in ihrem nahezu 500 Druckseiten umfassenden Werk über die Gestapo-Leitstelle Wien 1938–1945 eine wissenschaftliche Studie vorgelegt, die längst fällig, ja überfällig war. Allein die Aufzählung der 17 Kapitel und über 100 Unterkapitel würde mehrere Seiten füllen, so dass sich die Besprechung auf einige in dem Buch erörterte Fragestellungen beschränken muss. Dazu zählt etwa die Tatsache, dass die Gestapo-Leitstelle Wien, deren Zuständigkeitsbereich sich auch auf „Niederdonau“ und Teile des Burgenlandes erstreckte, mit einer Zahl von 842 Mitarbeitern (1939) jene von Berlin trotz der wesentlich höheren Bevölkerungszahl um etwa 100 Personen übertraf (S. 60). Hierfür werden mehrere mutmaßliche Gründe angeführt, von denen gerade ein als „spekulativ“ (S. 62) bezeichneter und insofern etwas relativierender Erklärungsfaktor dem Rezensenten überzeugend erscheint: Die wichtige Rolle Wiens als vorgeschobener Posten bzw. Drehscheibe bei der geplanten Expansion nach Südosteuropa – ein Aspekt, der auch durch viele Berichte von Abwehrstellen (Ast) und SD-Stützpunkten (Jugoslawien, Bulgarien) unterstrichen wird.

Kurz nach dem „Anschluss“ 1938 wurden 320 Angehörige der ehemaligen österreichischen Staats- und Kriminalpolizei von der Gestapo Wien übernommen, wo sie knapp 50 Prozent des gesamten Personalbestandes ausmachten. Knapp weitere 40 Prozent der Gestapo-Mitarbeiter wurden von der Wiener Sicherheitswache rekrutiert (S. 116). Der Anteil der aus dem „Altreich“ stammenden Beamten nahm nach 1938 (16 Prozent) kontinuierlich ab und umfasste zuletzt nur acht Prozent (S. 137). Diese quantitative Dominanz der Österreicher und deren berufliche Herkunft waren mit ein Grund für die mörderische „Effizienz“ der Wiener Gestapo bei der Bekämpfung des Widerstands. Auch der relativ starke Anteil des weiblichen Gestapo-Personals (zwischen 1938 und 1942 etwa 17 Prozent, in der Endphase des Krieges bis zu 30 Prozent) wird ins Blickfeld genommen (S. 125–131). Auch

wenn Frauen nur untergeordnete Funktionen einnahmen, bildeten sie doch ein unverzichtbares Rädchen in der Verfolgungsmaschinerie.

Trotz der zitierten relativen Personalstärke (verglichen mit der Gestapo im „Altreich“) darf freilich nicht übersehen werden, dass die Personaldecke auch der Wiener Gestapo äußerst dünn war, vergleicht man sie etwa mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR, das zuletzt über 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter bei einer Bevölkerungszahl von 16,4 Millionen verfügte. Die Autoren verweisen auf die große Zahl von Denunzianten und Denunziationen (S. 201–214), deren Stellenwert für die Bekämpfung des organisierten politischen Widerstands sie – m. E. zu Recht – als relativ gering einstufen. Stattdessen bildete der Einsatz von teils freiwilligen, teils in den Dienst der Gestapo gepressten Spitzeln (V-Leuten) eine Allzweckwaffe, die gegen alle illegalen Organisationen in Stellung gebracht wurde und wesentlich zur „Zerschlagung“ fast aller Widerstandsgruppen beitrug (S. 187–197). Ad personam wird dem aus Bayern stammenden Gestapo-Chef Franz Josef Huber breiter Raum eingeräumt, was nachvollziehbar ist. Erstens war er ungewöhnlich lange (1938–1944) im Amt und zweitens übte er mit seiner gleichzeitigen Funktion als Inspekteur der Sicherheitspolizei (womit er faktisch sich selbst kontrollierte) eine ungewöhnliche Machtfülle aus. Nominell dem „Höheren SS- und Polizeiführer“ Ernst Kaltenbrunner unterstellt, ignorierte er diesen jedoch weitestgehend. Nachdem Kaltenbrunner 1943 zum Leiter des Reichssicherheitshauptamtes aufgestiegen war, „rächte“ er sich und begann mit der Demontage Hubers, der als Gestapo-Chef 1944 durch SS-Standartenführer Rudolf Mildner ersetzt wurde.

Auch über Themen, die bis dato weitestgehend unbekannt waren, erfährt man Interessantes: etwa zur Geschichte des Hotels „Metropole“, das seit 1. April 1938 als Sitz der Gestapo-Leitstelle fungierte (S. 63–71). Ebenso spannend sind die Kapitel über die „privilegierten“ Haftbedingungen von Ex-Kanzler Kurt Schuschnigg oder Louis Rothschild zu lesen; Letzterer wurde bis Juli 1939 als Geisel festgehalten, um den Nazis den Zugriff auf das in Mähren gelegene Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttenwerk zu sichern, ein Unternehmen von enormer rüstungswirtschaftlicher Bedeutung (S. 71 f., 74–83).

Im zweiten großen Abschnitt, der etwa die Hälfte des Buches ausmacht, werden kapitelweise die Opfergruppen der Gestapo und einzelne Widerstandsorganisationen untersucht. Den umfangreichsten Teil nimmt dabei naturgemäß der Themenkomplex *Gestapo und Judenverfolgung* (S. 230–275) ein, gefolgt von einer Darstellung über die Verfolgung der katholischen Kirche, der Zeugen Jehovas und katholisch-konservativer bzw. legitimistischer Widerstandskämpfer (S. 275–304). Die Untersuchung des kommunistischen Widerstandes und dessen Verfolgung durch die Gestapo ist m. E. etwas kurz ausgefallen, doch mag eine solche Sichtweise auch durch subjektive Faktoren bedingt sein, d. h. durch die intensive Beschäftigung des Rezensenten mit diesem Themenkomplex.

Insgesamt ist es dem Autorenteam gelungen, aus einer riesigen Fülle von Fragestellungen alle wichtigen Aspekte in einer überzeugenden Weise zu bündeln, konzis zu strukturieren und gut lesbar darzustellen. Angesichts der vielfachen Verflechtungen der Gestapo Wien mit anderen Organisationen des NS-Herrschaftsapparats wie auch im Kontext der Einbettung in übergeordnete Strukturen und daraus resultierende Kompetenzkonflikte darf die übersichtliche Gliederung als mustergültig bezeichnet werden, zumal die Darstellung jener Überschneidungen mit einem Minimum an Wiederholungen auskommt. Dies ist nicht nur eine quasi-formale Leistung, sondern zeugt von einer tiefen inhaltlichen Durchdringung des Untersuchungsgegenstandes.

Hans Schafranek

Oberkofler, Gerhard, Stern Manfred: Leo (Jonas Leib) Stern. Ein Leben für Solidarität, Freiheit und Frieden. Innsbruck–Wien–Bozen: Studienverlag 2019. 292 S.

Vorweg (um Missverständnissen vorzubeugen): Der Rezensent teilt die dem Buch zugrunde liegenden politischen Positionen der Autoren und deren Einschätzungen und Werturteile nicht. Deren Diskussion würde aber den Rahmen einer Rezension sprengen; daher beschränkt sich diese vor allem auf die Österreich-relevanten Inhalte.

Der Historiker Gerhard Oberkofler, Professor und Archivar der Universität Innsbruck i. R., und der Mathematiker Manfred Stern, der inzwischen verstorbe-

ne Sohn von Leo Stern, legen eine von großer politischer Nähe und Sympathie getragene Biografie des Historikers und politischen Aktivisten, dessen Lebensweg von der Bukowina über Wien, CSR, Spanien, Sowjetunion und Wien schließlich nach Halle (damals DDR) führte. Wie viele andere musste der 1901 in Woloka bei Czernowitz (heute Ukraine) geborene Leo (damals Jonas Leib) Stern mit seiner verarmten jüdischen Familie aus dem damaligen Kronland Bukowina vor befürchteten russischen Pogromen nach Österreich flüchten, konnte aber dann das Gymnasium in Czernowitz (damals Rumänien) abschließen und studierte ab 1921 an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. 1923 erhielt Leo Stern (L. St.) die österreichische Staatsbürgerschaft. Ungeachtet des weitverbreiteten, z. T. aggressiven Antisemitismus, insbesondere gegen „Ostjuden“, konnte L. St. mit einer Dissertation bei Prof. Othmar Spann, einem Antisemiten und Vordenker eines katholisch geprägten „Austrofaschismus“, zum Doktor rer. pol. promovieren. Politisch von Prof. Max Adler, einem der Wortführer der Linken in der Sozialdemokratie, beeinflusst, betätigte er sich ab 1927 eifrig in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit, hielt unzählige Vorträge, Kurse und andere Veranstaltungen in Wiener Volkshochschulen sowie in SDAP-Sektionen, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen ab. Während L. St. selbst diese seine politische Tätigkeit, vor allem seine Erfolgserlebnisse in der Arbeiterbildung, stets sehr positiv einschätzte, qualifizieren die Autoren sie ab: „die Absicht löblich, Anleitung zur revolutionären Praxis im Klassenkampf haben sie [...] keine gegeben.“ Dabei wird übersehen, dass sich die Kader des illegalen Kampfes, des antifaschistischen Widerstands in Spanien und in Österreich 1938–1945, aber auch der KPÖ nach 1945 in einem hohen Maße aus Menschen rekrutierten, die in sozialdemokratischen Organisationen marxistisch erzogen worden waren.

Über die Linksopposition in der SDAP, wo L. St. u. a. mit Ernst Fischer bekannt wurde, fand er 1933/34 den Weg zur KPÖ; Genauer wird dazu von den Autoren nicht angegeben. Ebenso wenig wird die nur in einer Kapitelüberschrift erwähnte „Teilnahme am bewaffneten Kampf der Arbeiter in Wien im Februar 1934“ belegt (ein Kampfeinsatz ohne eine Zugehörigkeit zu einer Schutzbund-Formation war kaum möglich). Jedenfalls war L. St. vom 18. Februar bis Juli 1934 inhaftiert; im Oktober 1935 musste er vor neuerlicher Verhaftung nach Prag flüchten.

1936 kam Leo Stern nach Moskau, wo er als Lektor an der Internationalen Lenin-Schule, quasi eine Hochschule für Funktionäre ausländischer kommunistischer Parteien, fungierte. In dieser Zeit erlebte er die mit Todesurteilen endenden Schauprozesse gegen führende Bolschewiki (Sinowjew, Kamenjew, Radek u. v. a.). Dazu findet sich der folgende mehrdeutige Satz im Buch: „L. St. kaprizierte sich nicht auf Gewalt, aber mit Karl Marx konnte er die geschichtliche Unvermeidlichkeit von zeitweiliger Gewaltanwendung begreifen.“

Nach kurzer militärischer Ausbildung wurde L. St. im Februar 1937 nach Spanien entsandt; leider finden sich dazu keine weiteren Angaben, wo, in welchen Einheiten und Funktionen er eingesetzt, an welchen Schauplätzen des Krieges er tätig war und wann und aus welchen Gründen er in die UdSSR zurückgeholt wurde. Dafür ist eine 24-seitige allgemein historische Darstellung Sterns „über den Freiheitskampf des spanischen Volkes“ (aus einem 1956 veröffentlichten Buch) abgedruckt. Ausführlicher gehen die Autoren auf Leos Bruder Manfred Stern ein, der sich im Herbst 1936 unter dem Namen „General Kleber“ als Kommandeur der 11. Internationalen Brigade bei der Verteidigung Madrids vor den Franco-Truppen einen legendären Ruf erwarb. Diese – damals gefeierten – Verdienste verhinderten aber nicht, dass Manfred Stern Opfer der Stalinschen Repressionen wurde. Aufgrund abstruser Beschuldigungen wurde er 1939 zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt und starb 1954 im Gulag. Auch die Bemühungen seiner Brüder Wolf und Leo, inzwischen in hohen Funktionen in der DDR, vermochten ihn nicht zu retten.

L. St., der im April 1938 in die Sowjetunion zurückkehren konnte und in Moskau Professor für Neuere Geschichte wurde, meldete sich im Juli 1941 freiwillig zur Roten Armee. Nach Antifa-Tätigkeit in Kriegsgefangenenlagern nahm er 1942 an der Schlacht von Stalingrad teil. 1944/45 fungierte er als Politoffizier im Rang eines Obersten in der 3. Ukrainischen Front des Marschalls Tolbuchin, die Wien im April 1945 befreite. Hier war L. St. in eine für die Geschichte Österreichs entscheidende Weichenstellung involviert, nämlich in die Bestellung Karl Renners zum Staatskanzler durch die sowjetische Besatzungsmacht. Gerhard Oberkofler weist unter Berufung auf ein Gespräch Sterns mit dem Widerstandskämpfer Eduard Rabofsky nach, dass L. St., der Renner aus seiner Wiener Zeit als rechten Sozialdemokraten kannte, aber nicht schätzte, im Stab der Roten Armee

entschieden gegen Renners Heranziehung Stellung nahm, sich aber der Entscheidung Stalins beugen musste.

Nach seiner – laut Wikipedia-Eintrag – im September 1945 erfolgten Demobilisierung aus der sowjetischen Armee betätigte sich L. St. zum einen als Vortragender und Redner in der KPÖ; zum anderen bemühte er sich, an der Universität Wien bzw. an der Hochschule für Welthandel Fuß zu fassen. Als Gastprofessor hielt er dort mehrere Jahre Vorlesungen, stieß aber als Jude und Kommunist auf erhebliche Ablehnung einer konservativ-reaktionären Professoren- und Studentenschaft. Das aufgeheizte antikomunistische Klima in dieser Zeit wurde im Zuge eines Vorfalls am 1. Mai 1947 in Klein-Pöchlarn sichtbar, als L. St. von ehemaligen Wehrmachtangehörigen angegriffen und verletzt wurde und die einschreitende Rote Armee zwei Beteiligte erschoss.

L. St. betätigte sich auch als Vortragender und Abteilungsleiter in dem von ihm 1946 mitbegründeten Institut für Wissenschaft und Kunst (IWK). Nicht sehr genau und ohne Quellenbelege (!) gehen die Autoren auf eine merkwürdige Angelegenheit ein, als L. St. in Kooperation mit dem sowjetischen Kulturoffizier Moisej Poltavskij NS-belastete und nun arbeitslose Historiker, u. a. den ehemaligen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS Taras Borodajkewycz, der später, 1971, wegen antisemitischer Äußerungen als Professor der Hochschule für Welthandel zwangspensioniert wurde, mit Recherchen für die sowjetische Akademie der Wissenschaften beauftragte. Der gleichfalls in diese Arbeit eingebundene Ludwig Jedlicka, ebenfalls V-Mann des SD der SS und nachmaliger Gründer und Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, wird nicht erwähnt, ebenso wenig wird der politische Hintergrund dieser Kooperation von Kommunisten mit ehemaligen Nationalsozialisten aufgeheilt. Die Angelegenheit hatte jedenfalls einen solchen Stellenwert, dass Bundeskanzler Figl 1947 dreimal im Ministerrat über seine diesbezüglichen Gespräche mit dem sowjetischen Hochkommissar General Kurassow berichtete.¹

Die Aussichtslosigkeit, angesichts des antikomunistischen Klimas in Österreich

¹ Siehe dazu: Wolfgang Neugebauer, Ludwig Jedlicka, Herbert Steiner und die Widerstandsforschung. Aspekte der Frühgeschichte des Instituts für Zeitgeschichte und des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, in: Bertrand Perz/Ina Markova (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien 1966–2016, Wien 2017, S. 60–82.

eine angemessene wissenschaftliche Beschäftigung zu finden, veranlasste L. St. 1950 eine Berufung an die Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg anzunehmen. Mit Wirkung vom 1. März 1950 wurde er zum Professor für neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbewegung an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg berufen und avancierte zu einem der wichtigsten und einflussreichsten Wissenschaftler der DDR. Schon 1951 wurde er Prorektor und 1953 Rektor der Universität Halle. 1955 wurde er in die Akademie der Wissenschaften der DDR aufgenommen und fungierte zeitweise als deren Vizepräsident. Auch in der SED, deren Bezirksleitung in Halle er angehörte, pflegte L. St. Verbindungen zu einflussreichen Funktionären, ebenso zu sowjetrussischen Historikern, was ihm einen gewissen Spielraum bei der Heranziehung qualifizierter, aber nicht SED-konformer Wissenschaftler verschaffte. Selbst so bewährte und loyale Funktionäre wie L. St. waren nicht davor gefeit, vom Staatssicherheitsdienst der DDR überwacht, bespitzelt und vernadert zu werden. Sogar durchaus marxistisch orientierte Beiträge von L. St. in sozialdemokratischen Zeitschriften (wie *Der Kampf*) vor 1934 (!) wurden von der Stasi registriert und negativ bewertet („opportunistisch“). Auf die umfassenden Aktivitäten von L. St. (Publikationen, Veranstaltungen, Lehr- und Forschungstätigkeit) sowie auf die von den Autoren aufgezeigten internen Diskussionen, ideologischen und personellen Kontroversen und Konflikte im politisch-akademischen Milieu der DDR kann hier nicht weiter eingegangen werden.

Von den 292 Buchseiten sind ca. 100 Seiten biografischer Text (plus 40 Seiten wissenschaftlicher Anhang), der Rest verteilt sich auf Aufsätze, Reden, Briefe und andere Dokumente von L. St. zumeist aus seiner Tätigkeit in der DDR in den 1950er- und 1960er-Jahren. Durch diese unausgewogene Struktur der Arbeit kommen wichtige Aspekte zu kurz bzw. tun sich Lücken in der Darstellung auf. So werden weder Leo Sterns Beitritt zu sozialdemokratischen Organisationen – offenbar Anfang der 1920er-Jahre – datiert noch die näheren Umstände (wie z. B. persönliche Bekanntschaften/Freunde) beschrieben. Das Gleiche gilt für den KPÖ-Beitritt von L. St.; auch hier fehlen ein genaues oder ungefähres Datum (vor oder nach dem 12. Februar 1934) sowie die politischen Bezugspersonen und Organisationen. Auch das genaue Datum der Demobilisierung des Oberst Stern aus der

Roten Armee und damit sein Übergang zum zivilen Leben in Nachkriegs-Österreich habe ich nicht gefunden. Der Abschnitt über L. St. in Spanien kann nicht anders als dürftig bezeichnet werden.

Diese kritischen Bemerkungen sollen die Publikation, die an eine gelungenere Biografie Gerhard Oberkoflers über den Widerstandskämpfer, Alpinisten und Rechtswissenschaftler Eduard Rabofsky anschließt, nicht abqualifizieren. Sie wird zumindest bei jenen LeserInnen, die sich mit marxistisch-leninistischer Geschichtsauffassung und -schreibung beschäftigen, auf Interesse stoßen.

Wolfgang Neugebauer

Jesse, Eckhard, Tom Mannewitz, Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.): Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven. Baden-Baden: Nomos-Verlag 2019. 357 S.

Angesichts des Aufstiegs von als populistisch geltenden Parteien kommt dem damit gemeinten Phänomen hohe politische wie wissenschaftliche Relevanz zu. Dabei geht es auch um eine mögliche Demokratiegefährdung, lassen sich doch negative Folgen wie eine Polarisierung bis hin zur Verhetzung feststellen. Umso interessierter greift man da zu dem Sammelband, der von den Chemnitzer Politikwissenschaftlern Eckhard Jesse, Tom Mannewitz und Isabelle-Christine Panreck herausgegeben wurde. Man darf aber bei einem Band wie diesem hier kein geschlossenes Werk erwarten. Dessen Erscheinen verdankt sich einem anderen Hintergrund: Alle AutorInnen schreiben ihre Doktorarbeiten zum Themenkomplex, wobei einmal die Demokratie- und einmal die Populismusforschung den Rahmen liefert. Mit dem Sammelband wird den jungen WissenschaftlerInnen ermöglicht, ihre ersten Forschungsergebnisse zu veröffentlichen. Am Beginn steht die Einleitung der Herausgeber, worin auch die Definition von Populismus problematisiert und der Rahmen des Werkes erläutert werden. Dem folgen 14 Beiträge, die unterschiedliche Aspekte von Demokratie und Populismus ansprechen. Zunächst wird der letztgenannte Gesichtspunkt thematisiert: Alexander Akel fragt, welche Bedeutung ein persönliches Charisma und eine bestehende Regierungsverantwortung für populistische Wahlerfolge haben. Dem Einflussfaktor einer erfolgreichen Globalisierung anhand der Niederlande geht Carina Schatten nach. Dass sich die Freiheitliche Partei Österreichs auf dem Weg zu einer

Catch-All-Party macht, wird von Thomas M. Klotz untersucht. Der Sprachgebrauch der AfD im Bundestagswahlkampf 2017 steht bei Johannes Schaefer und eine Analyse von AfD-Abgeordneten im Parlament danach bei Christoph Schiebel im Mittelpunkt. Und schließlich findet sich noch eine Analyse von Maximilian Kreter, der die Entwicklung der rechtsextremen Rockmusik bilanzierend einschätzt.

Der zweite Abschnitt bringt dann Aufsätze, die sich mit unterschiedlichen Aspekten des realen demokratischen Verfassungsstaates beschäftigen: Sandra Wirth fragt etwa nach der Auffassung und dem Stellenwert von Volkssouveränität bei dem bekannten Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg und Alexander G. M. Prill mit Bezug auf Ingolfur Blühdorns simulative Demokratietheorie nach der Notwendigkeit von Wahrhaftigkeit. Einer ganz anderen Frage geht dann Felix Rhein nach, widmet er sich doch presserechtlichen Auskunftsansprüchen bei Hintergrundgesprächen mit Repräsentanten der Exekutive. Robin Graichen analysiert die Entstehung der Großen Koalition in Deutschland 2017 mit Modellen formaler Koalitionstheorie. Und Susanne Thelen geht dem Negativen Campaigning im US-Wahlkampf 2016 nach. Das Protestantismus-Demokratieverständnis in der jungen Bundesrepublik untersucht Martin Hummel. Und Jan Weinhold-Fumoleau erinnert an „wilde“ CSU-Gründungen 1989/90 wie die „Deutsche Soziale Union“ in der DDR-Endphase.

Wie bereits die Angaben zu den Inhalten deutlich machen, wurden hier Aufsätze mit ganz unterschiedlichen Fragestellungen in den Sammelband gedrängt. So passen Abhandlungen zu Rechtsrock oder zur Wahrhaftigkeit nun nicht zu Populismus und Demokratie, worum es ja eigentlich in dem so betitelten Werk gehen sollte. Aber das ist das Dilemma aller Herausgeber, die inhaltlich nicht unbedingt zusammenpassende Texte irgendwie dann doch zusammenbringen wollen. Aus Lesersicht heißt das: Man kann bzw. muss sich entsprechend der eigenen Interessenlage die inhaltlichen Rosinen herauspicken. Um Rosinen, um im Bild zu bleiben, handelt es sich aber meist auch. Denn immerhin wollen die AutorInnen mit diesen Inhalten promovieren, was ein entsprechendes Engagement erwarten lässt. Insofern darf man auf viele Endergebnisse gespannt sein. Gerade die Ausführungen zu den Populismusthemen sind nicht nur für den innerwissenschaftlichen Zusammenhang besonders relevant.

Armin Pfahl-Traugher



Foto: Georg Lemberg, Wien



Foto: Walter Filip, Wien



Foto: photonews.at/Georges Schneider

Wir freuen uns

über Ihr Interesse: Tausende Exemplare der *Mitteilungen* werden Jahr für Jahr in alle Welt versandt ...

Herstellung und Versand verursachen allerdings beträchtliche Kosten. Um unsere *Mitteilungen* so wie bisher kostenlos versenden zu können, erlauben wir uns auch heuer, unsere LeserInnen um eine Spende zu ersuchen (Bankverbindung: IBAN AT811400005410028400 | BIC BAWAATWW).

Möchten Sie die Arbeit des DÖW regelmäßig unterstützen? Werden Sie Mitglied im Verein DÖW!

- Der Mitgliedsbeitrag im Verein DÖW beträgt EUR 25,- pro Jahr. Inkludiert ist der kostenlose Bezug des *Jahrbuchs* und der *Mitteilungen* des DÖW sowie der Bezug von DÖW-Publikationen zum MitarbeiterInnenpreis.
- Mitglieder des Vereins DÖW sind bei den jährlichen Generalversammlungen stimmberechtigt.

Weitere Informationen, Kontakt:

Eva Kriss T: +43 (1) 22 89 469 – 319 | E-Mail: eva.kriss@doew.at

Judith Prem T: +43 (1) 22 89 469 – 330 | E-Mail: judith.prem@doew.at

Spenden an den Verein DÖW können gemäß Bescheid des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung nach § 4 a Z. 1 lit. d oder e EStG 1988 von der Einkommensteuer abgesetzt werden. 2017 ist die Verpflichtung zur Weiterleitung der SpenderInnen-Daten an das Finanzamt im Rahmen der automatischen ArbeitnehmerInnen-Veranlagung in Kraft getreten. Das DÖW ist verpflichtet, dem Finanzamt Vor- und Zunamen sowie das Geburtsdatum der SpenderInnen zu melden. Wir bitten Sie daher, uns Ihre Daten zu übermitteln, wenn Sie Ihre Spende an das DÖW bei ihrer ArbeitnehmerInnen-Veranlagung absetzen möchten.



Foto: Peter Egelseer



An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:
Eva Kriss, Wolfgang Neugebauer, Hans Schafranek, Armin Pfahl-Traughber, Brigitte Ungar-Klein,
Josef Vogl.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel. 22 89 469/322, E-Mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, E-Mail: office@doew.at; web: <https://www.doew.at>).

WIR WÜNSCHEN
UNSEREN
LESERINNEN
UND LESERN ALLES GUTE
FÜR DAS JAHR
2020!

Ich bestelle folgende Publikationen:

Kombiangebot

Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998

Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I, Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-) ... Stück

Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,- ... Stück

Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran**, Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50 ... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50 ... Stück

Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50 ... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... Ein Paragraph wird sich finden“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50 ... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,- ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., € 22,50 ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., € 22,50 ... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90 ... Stück

Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., € 19,50 ... Stück

80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., € 12,50 ... Stück

Wieder erhältlich: Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., EUR 18,99 ... Stück

„Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., € 5,- ... Stück

Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus, Jahrbuch 2017, hrsg. v. Herwig Czech u. Paul Weindling im Auftrag des DÖW, Wien 2017, 303 S., € 19,50 ... Stück

Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider u. Christine Schindler im Auftrag des DÖW u. der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017, 500 S., € 19,50 ... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider, **Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene**. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, 319 S., € 19,50 ... Stück

Forschungen zu Vertreibung und Holocaust, Jahrbuch 2018, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 382 S., € 19,50 ... Stück

Herwig Czech / Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, **Der Krieg gegen die „Minderwertigen“**. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien / **The War against the „Inferior.“** On the History of Nazi Medicine in Vienna. Katalog zur Ausstellung in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien. hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 243 S., € 25,- ... Stück

Josef Eisinger, **Flucht und Zuflucht**. Erinnerungen an eine bewegte Jugend, hrsg. v. DÖW, Wien 2019, 240 S., € 20,- ... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider / Rudolf Leo, **„dachaureif“**. Der Österreichertransport aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938. Biografische Skizzen der Opfer, hrsg. v. DÖW u. Zentraler österreichischer Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2019, 344 Seiten, zahlr. Abb., € 25,-... ... Stück

Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec. Jahrbuch 2019, hrsg. v. DÖW, Wien 2019, 359 S., € 19,50 ... Stück

Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945. Mit einer Einführung v. Heimo Halbrainer, hrsg. v. DÖW, CLIO 2019, 760 S., 150 Abb., € 25,- ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

Verlagspostamt
1010 Wien